

Eisenbahn-Bundesamt
Außenstelle Hannover
Herschelstraße 3
30159 Hannover

Absender

Absender eintragen
(Name und Adresse)

Per E-Mail: pfa1.2@eba.bund.de

Frist:
16.06.2025 !

**Planfeststellungsverfahren für das Bauvorhaben
ABS - NBS Hamburg - Lübeck - Puttgarden PFA 1.2**

Ich bin / Wir sind Eigentümer / Mieter / Pächter des Grundstücks

Unzutreffendes streichen und Grundstücksbezeichnung eintragen (Adresse, Gemarkung, Flur, Flurstücksbezeichnung). Wenn Ihre Betroffenheit nicht grundstücksbezogen ist, streichen Sie diesen Absatz ganz.

und nutze/n dieses wie folgt:

Hier beschreiben Sie die Nutzung Ihres Grundstücks; z. B. zum Wohnen, zu gewerblichen Zwecken, zu landwirtschaftlichen Zwecken etc.

Ich bin / Wir sind von der Hinterlandanbindung zur Festen Fehmarnbeltquerung (außerdem) in folgender Weise betroffen:

Sie können diesen Absatz streichen oder, wenn Sie (auch noch) anders als grundstücksbezogen betroffen sind, dies hier eintragen.

Zu dem obigen Plan erhebe ich / erheben wir

Einwendungen

und bitte/n darum, mir/uns rechtzeitig vor der Anhörung die Stellungnahme der Vorhabenträgerin zu diesem Schreiben zu überlassen.

Mit den Planungen für den Planungsabschnitt 1.2 wird ein Zwangspunkt für den südlich angrenzenden Planungsabschnitt 1.1 durch Bad Schwartau geschaffen. Durch die Festlegung des Trassenverlaufs im Planungsabschnitt 1.2 ab der Gemeindegrenze zwischen Bad Schwartau und Ratekau bis nördlich von Ratekau findet eine erhebliche Verschiebung der Abwägungsparameter zugunsten der Antragstrasse auch im Planungsabschnitt 1.1 statt.

Dies beruht auf einer fehlerhaften Abschnittsbildung innerhalb des Planungsabschnitts 1. Die verfahrensrechtliche Aufspaltung in die Unterabschnitte 1.1 und 1.2 an der Gemeindegrenze zwischen Bad Schwartau und Ratekau führt zu einer Parzellierung des Vorhabens, die einer sachgerechten Bewertung nur einheitlich zu lösender Konflikte im Weg steht und Rechtsschutzmöglichkeiten beschneidet. Sie erlaubt nämlich keinen fehlerfreien Vergleich der ernsthaft in Betracht kommenden Varianten im Raum Bad Schwartau und Ratekau. Insbesondere verhindert sie von vornherein eine offene Berücksichtigung der X-Varianten und auch der autobahnparallelen Variante.

Die X-Variante sieht eine Umfahrung der Ortslage von Bad Schwartau vor, die südlich von Bad Schwartau von der Strecke 1100 am Abzweig „Schwartau Waldhalle – Lübeck-Travemünde Strand“ auf die Bestandsstrecke 1113 und durch Lübeck-Dänischburg führen soll. Von Dänischburg aus würde die Strecke über neu zu verlegende Gleise Richtung Norden unter Umgehung der Gemeinden Bad Schwartau und Ratekau nördlich von Ratekau wieder in die Vorzugstrasse münden.

Ich bin/wir sind der Auffassung, dass diese Variante öffentliche und private Belange am wenigsten berührt. Ich/wir halte/n die X-Variante daher für die beste Variante.

Die Antragstrasse wird in Bad Schwartau dagegen öffentliche und private Belange stark berühren. Es ist infolge der starken Auslastung der FFBQ damit zu rechnen, dass die umliegenden Flächen mit erheblichen Lärm- und Erschütterungsimmissionen belastet werden. Insbesondere

die Erschütterungsimmissionen, die auch durch grundsätzlich geeignete Schutzmaßnahmen nicht überall auf ein hinnehmbares Maß reduziert werden können, lassen erhebliche Gesundheitsbeeinträchtigungen befürchten. Zum Schutz vor Lärmimmissionen werden hohe Lärmschutzwände benötigt, die zu einer Zerschneidungswirkung innerhalb der Stadt führen.

Ich befürchte außerdem, dass ich durch das Vorhaben bei einem Trassenverlauf entsprechend der Antragstrasse folgendermaßen betroffen sein werde:

Tragen Sie hier ein, welche Betroffenheiten Sie für sich befürchten. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang eigentumsbezogene Betroffenheiten, insbesondere durch flächenmäßige Inanspruchnahme. Sie können aber auch jeden anderen Ihrer Belange, den Sie durch das Vorhaben berührt sehen, hier eintragen.

Genauerer kann ich/können wir zu meinen/unseren Betroffenenheiten aber noch gar nicht sagen, weil die Planungen für den Planfeststellungsabschnitt 1.1 mir/uns noch gar nicht bekannt sind. Eine hinreichend konkretisierte Planung, die es mir ermöglicht, meine Betroffenheit konkret abzuschätzen, liegt noch gar nicht vor. Im Einzelnen beziehe ich mich auch auf die Stellungnahme der Stadt, über die im Bauausschuss in der Sitzung vom ____ abgestimmt worden ist, und mache mir die dort getroffenen Aussagen zur Fehlerhaftigkeit der Abschnittsbildung und zur Fehlerhaftigkeit des Variantenvergleichs zu eigen.

Ich sehe mich/wir sehen uns daher durch die Zwangspunktsetzung im Planungsabschnitt 1.2 in unseren Rechten verletzt. Sie führt zu einer erheblichen Verschiebung der Abwägungsparameter zugunsten der Antragstrasse, ohne dass meine/unsere Belange im Zuge eines offenen Variantenvergleichs fehlerfrei berücksichtigt worden sind oder auch nur hätten berücksichtigt werden können.

Ich beanstandete die Planung außerdem noch unter folgenden Gesichtspunkten:

Hier haben Sie die Gelegenheit, noch weitere Einwendungen gegen die Planungen im Abschnitt 1.2 einzutragen. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass ein Anspruch auf abwägungsfehlerfreie Berücksichtigung nur hinsichtlich eigener Belange besteht; dies hindert aber nicht daran, auch andere Belange, die für bedeutsam gehalten werden, vorzutragen.

Unterschrift/en

Wenn Sie Ihre Einwendung per Post an die oben angegebene Adresse schicken, ist es wichtig, dass Sie (jeder, der die Einwendung abgibt) hier handschriftlich unterzeichnen. Wenn Sie die Einwendung per E-Mail an die oben angegebene E-Mail-Adresse schicken, ist eine handschriftliche Unterschrift oder eine qualifizierte Signatur nicht erforderlich; es genügt dann, wenn Sie hier Ihren Namen maschinenschriftlich eintragen oder Ihre Unterschrift einscannen.